

DIE LIBYSCHER VERFASSUNGSPROKLAMATION VOM 11. DEZEMBER 1969

VON BRUN-OTTO BRYDE

Am 1. September 1969 wurde König Idris von Libyen, der sich gerade auf einem Kuraufenthalt in der Türkei befand, durch einen Militärcoup abgesetzt und die Republik ausgerufen¹. Die Macht übernahm ein Revolutionärer Kommandorat, dessen Mitglieder mit Ausnahme seines Vorsitzenden, des 27jährigen Oberst al Kadhafi, bis zum 10. Januar 1970 anonym blieben². Am 8. September setzte der Revolutionäre Kommandorat die erste republikanische Regierung ein, der unter Vorsitz des Premierministers als Maghrabi zwei Offiziere und sieben Zivilisten angehörten³. Knapp vier Wochen nach dem Sturz der Monarchie verkündete der Revolutionäre Kommandorat am 11. Dezember 1969 eine vorläufige „Verfassungspromulgation“⁴. Diese hat nach der Präambel eine dreifache Aufgabe: Sie soll eine vorläufige Grundlage für die Regierung des Landes bieten, die Errungenschaften der Revolution sichern und den weiteren Weg der Revolution bahnen.

Sie ersetzt die Verfassung vom 7. Oktober 1951⁵ (Art. 33). Ein größerer Kontrast als der zwischen diesen beiden Verfassungen läßt sich schon rein äußerlich kaum denken. Die alte Verfassung war eine klassische Verfassung von 203 Artikeln mit ausführlichem Grundrechtsteil und genauer Regelung der staatlichen Organisation. Die Verfassungspromulgation umfaßt lediglich 37 Artikel und macht mehr den Eindruck eines politischen Programms als den einer herkömmlichen Verfassung. Das Regierungssystem ist knapp, dafür aber in großer Übereinstimmung mit der Verfassungswirklichkeit gezeichnet (Kapitel 2). Alle Macht wird von der Verfassung dort konzentriert, wo sie auch faktisch ist, beim Revolutionären Kommandorat. Dieser ist zugleich kollektives Staatsoberhaupt und Gesetzgeber (Art. 18). Er ernannt die Regierung (Ministerrat), die aus Premierminister und Ministern besteht, und ihm verantwortlich ist (Art. 19).

Die Verfassungspromulgation verbürgt eine Reihe von Grundrechten (Art. 5: Gleichheitssatz, Art. 11: Asylrecht, Art. 12: Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13: Meinungsfreiheit, Art. 15: Recht auf Gesundheitsfürsorge, Art. 30: nulla poena sine lege), stellt aber auch Grundpflichten auf (Art. 4: Arbeit, Art. 16: Wehrpflicht). Ausbildung ist Recht und Pflicht zugleich (Art. 14).

Kennzeichnend für den Charakter der Verfassungspromulgation sind jedoch weniger die organisatorischen Bestimmungen und die Regeln über das Verhältnis von Staat und Bürger als vielmehr die programmatischen Aussagen über den zukünftigen Weg der libyschen Revolution. Drei Züge sind es, die diesen bestimmen: panarabischer Nationalismus, Islam und Sozialismus. Schon in der Präambel bekennt sich die Verfassungspromulgation zur panarabischen Bewegung. Die Befreiung jeden Quadraters der arabischen Heimerde (eine gegen Israel gerichtete Willenserklärung) wird ebenso zum Ziel des „libysch-arabischen Volkes“ erklärt, wie die arabische Einheit „vom Atlantik zum arabischen Golf“. In Art. 1 wird dieses

1 Vgl. W. H. Lewis, *Libya: The End of Monarchy*, in: *Current History* 1970, S. 34 ff.

2 Keesing's 1970, 23836.

3 Keesing's 1969, 23569.

4 Der unten abgedruckte englische Text wurde von der Libyan News Agency verbreitet, vgl. *Daily News*,

Tripolis, v. 13. 12. 1969.

5 Peaslee, *Constitutions of Nations*, 3. A., Vol. 1, Africa, S. 433 ff.

Weitere Fundstellen vgl. Hecker, *Verfassungsregister Teil IV: Afrika—Asien—Australien*, S. 157.

Bekanntnis wiederholt. Das Volk wird als Teil der arabischen Nation bezeichnet, sein Ziel ist die arabische Einheit. Im offiziellen Namen des Staates „Libysche Arabische Republik“ taucht dasselbe Motiv auf (Art. 1 Satz 2). Für die libyschen Machthaber bedeuten diese Erklärungen in der Verfassung mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis. Tatsächlich waren ihre ersten außenpolitischen Aktionen auf eine Neubelebung der arabischen Solidarität gerichtet⁶. Selbst die Bestimmung des Arabischen zur Landessprache (Art. 2) bedeutet unter diesen Umständen mehr als die bloße Festlegung der offiziellen Staatssprache: Schon unmittelbar nach der Septemberrevolution war man darangegangen, die lateinische Schrift aus dem Stadtbild zu entfernen⁷, und ging dabei so weit, daß sogar auf dem Flughafen in Tripolis die englischen Bezeichnungen für „Ausgang“ verschwanden⁸. Mit gleicher Konsequenz hat man das Bekenntnis zum Islam als Staatsreligion zu verstehen (Art. 2). Es stellt nicht die Pflichtübung eines mohammedanischen Landes dar, sondern wird so ernst genommen, daß ein absolutes Alkoholverbot verhängt wurde⁹. Der dritte Gedanke, der die Verfassungsproklamation durchzieht, ist der des Sozialismus. Dieser Sozialismus muß jedoch seinerseits im Lichte von Islam und Nationalismus gesehen werden, denn die angestrebte sozialistische Gesellschaft soll bestimmt sein durch „das islamische und arabische Erbe und seine humanitären Werte sowie die besonderen Bedingungen der libyschen Gesellschaft“ (Art. 6). Ziele dieses libyschen Weges zum Sozialismus sind soziale Gerechtigkeit, Beseitigung der Ausbeutung und Abbau der Klassenschranken (Art. 6). Mittel ist nicht unbedingt Sozialisierung, wohl aber „Libysierung“: ausländischer Einfluß soll beseitigt werden, aber die neue nationale Wirtschaft soll außer auf Gemeineigentum des libyschen Volkes auch auf Privateigentum aufbauen (Art. 7). Dementsprechend wird das Gemeineigentum in Art. 8 als Grundlage für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bezeichnet, das nicht ausbeuterische Privateigentum jedoch ausdrücklich garantiert. Art. 9 ordnet öffentliche und private Wirtschaft einander zu: der Staat ist für die umfassende Planung zuständig, erreicht werden sollen die Planziele durch Zusammenarbeit des öffentlichen und privaten Wirtschaftssektors. Sieht man von der fremdenfeindlichen Fixierung auf Autarkie und Unabhängigkeit von ausländischem Einfluß (Art. 6, 7, 8) einmal ab¹⁰, enthält die Verfassungsproklamation also keinesfalls einen radikalen sozialistischen Kurs, sondern erscheint eher als moderne Institutionalisierung einer gemischten Wirtschaftsordnung. Insgesamt ist die Verfassungsproklamation vom 11. Dezember 1969 ein Musterbeispiel für eine revolutionäre Verfassung, die mit wenigen Strichen die Machtverhältnisse im Lande zeichnet und programmatische Ziele aufstellt, ohne die weitere Entwicklung zu sehr festzulegen.

6 Über die Enttäuschung wegen der mangelnden Fortschritte berichtet Hope, Francis, *The Tripoli Hillbillies* in: *New Statesman* 1970, S. 728.

7 Vgl. *Herald Tribune* vom 4. 10. 69. *Neue Züricher Zeitung* vom 24. 3. 70.

8 Hope, Francis, *The Tripoli Hillbillies*, in *New Statesman* 1970, S. 727.

9 Vgl. Hope in *New Statesman* a. a. O., *Neue Züricher Zeitung* vom 24. 3. 70.

10 Die inzwischen in der Verstaatlichung des italienischen Eigentums ihren Ausdruck fand, vgl. *Neue Züricher Zeitung* v. 30. 7. 70, 3. 8. 70, *Times* v. 22. 7. 70.

Verfassungsproklamation vom 11. Dezember 1969

(Englischer Text¹¹ nach Libyan News Agency/Daily News, Tripolis, vom 13. 12. 1969)

In the name of the Libyan Arab people, who pledged to restore their freedom, enjoy the wealth of their land and live in a society in which every honest citizen has the right to well-being and abundance, who are fully determined to smash fetters impeding their movement and preventing them from joining the rank of their brethren all over the Arab homeland to struggle for the restoration of every span of land desecrated by colonialism and to eliminate obstacles preventing Arab unity from the Atlantic to the Arabian Gulf, who believe that peace cannot be established save on the basis of justice, who appreciate the significance of strengthening relations with all nations struggling against colonialism, who discern that the alliance between reactionary forces and colonialism is responsible for backwardness they suffer from despite the abundance of their natural resources as well as for corruption spreading in the governing structure and who discern their responsibilities for the establishment of a national democratic also a complete progressive and unitary movement, and in the name of the popular will expressed on September 1 by the armed forces who toppled the monarchial regime and proclaimed the Libyan Arab Republic in defence and support of the revolution to help it achieve its objectives of freedom, socialism and unity, this constitutional proclamation is made to provide a basis for the regime at the stage of completing the national and democratic revolution and until a permanent constitution is prepared expressing the achievements of the revolution and paving the path before it.

CHAPTER ONE:

THE STATE

Article 1

Libya is an Arab, democratic and free republic with sovereignty of the people who constitute a part of the Arab nation and whose objective is comprehensive **Arab unity**. The Libyan territory is a part of Africa and is called the Libyan Arab Republic.

Article 2

Islam is the religion of the state and Arabic is its official language, the state protects the freedom of religious ceremonies in accordance with observed customs.

Article 3

Social security is the basis of national unity and the family based on religion, ethics and patriotism is the basis of society.

Article 4

Work in the Libyan Arab Republic is a right, duty and honour for every capable citizen. Public offices are dutiful for the state employees who aim at discharging their duties in serving the people.

¹¹ Eine deutsche Übersetzung ist inzwischen erschienen in: Staat und Recht, 1970, S. 1011.

Article 5

All citizens are equal before the law.

Article 6

The state aims at materializing socialism by applying social justice that is banning any form of exploitation. The state endeavours through the establishment of socialist relations in the society, to achieve self-sufficiency in production and equity in distribution with the aim of eliminating differences among classes in a peaceful manner and to create a welfare society inspired by Islamic and Arabic heritage and its humanitarian values and the specific circumstances of the Libyan society.

Article 7

The state endeavours to liberate the national economy from puppetry and foreign influence so as to turn it into a national and productive economy dependent on public ownership of the Libyan people and private ownership of individuals.

Article 8

Public ownership is the basis to evolve and develop the society and to achieve self-sufficiency in production. The unexploiting private ownership is guaranteed and will not be expropriated save in accordance with the law. Legacy is a right to be administered by the Islamic Shari'a.

Article 9

The state will lay down a regulation for comprehensive national planning, economically and culturally. Co-operation between the public and private sectors will be observed to achieve the objectives of the economic growth.

Article 10

Titles of honour and civilian ranks are banned and all titles of honour previously granted to the members of the former dynasty and retinue are cancelled.

Article 11

Extradition of political refugees is banned.

Article 12

Homes are inviolable and shall not be entered or searched except in the circumstances and in the way defined by the law.

Article 13

Freedom of opinion is guaranteed within the limits of the people's interest and the principles of the revolution.

Article 14

Education is a right and an obligation for all Libyans. It is obligatory until the end of the preparatory stage, and it is guaranteed by the state through the establishment of schools, institutions, universities and cultural and educational institutions in which education is free. A law will organise the establishment of private schools. The state pays special attention to the welfare of youth, physically, mentally and morally.

Article 15

Medical care is a right guaranteed by the state through the establishment of hospitals and health centres.

Article 16

Defence of the homeland is a holy duty and conscription is an honour for Libyan man.

Article 17

Taxes cannot be imposed, amended or cancelled without a law. Nobody can be exempted from paying taxes except in cases stated in the law. Also nobody can be asked to pay taxes, unless they are within the limits of the law.

CHAPTER TWO:

REGIME

Article 18

The Revolutionary Command Council is the highest authority in the Libyan Arab Republic, it exercises the functions of supreme sovereignty, legislation and deciding the general policy of the state on behalf of the people. By this power it will adopt all necessary measures to protect the revolution and the regime stemming from it.

Article 19

The Revolutionary Command Council appoints a council of Ministers comprising a Prime Minister and Ministers. It may appoint deputies for the Prime Minister, and Ministers without portfolios. The Revolutionary Command Council may discharge the Premier and Ministers and accept their resignations.

The resignation of the Premier carries the resignation of the Council of Ministers.

The Council of Ministers implements the general policy of the state in accordance with the plans of the Revolutionary Command Council.

The Council of Ministers is responsible for its activity before the Revolutionary Command Council in the form of the joint responsibility. Every Minister is responsible for his Ministry's activity before the Prime Minister.

Article 20

The Cabinet studies and prepares all draft laws in accordance with the policy planned by the Revolutionary Command Council and forwards them to the Revolutionary Command Council for consideration and issue.

Article 21

The general budget of the state is issued by a law and the Revolutionary Command Council, will ratify the final accounts of the budget.

Article 22

The Revolutionary Command Council holds a joint meeting with the cabinet at the invitation from the Revolutionary Command Council or two of its members, if they deem it necessary.

Article 23

The Revolutionary Command Council proclaims war, concludes treaties and ratifies them, unless it authorizes the cabinet to do so.

Article 24

The Revolutionary Command Council appoints and discharges diplomatic representatives of the Libyan Arab Republic abroad. It accepts credentials of the heads of diplomatic missions establishes general departments, appoints senior officials and discharges them according to the law.

Article 25

Martial laws and the state of emergency are announced through decisions from the Revolutionary Command Council whenever the internal or external security of the state are in danger, and whenever that is essential for protecting and safeguarding the revolution.

Article 26

Only the state establishes the armed forces, which are owned by the people, for the protection of the state security and its republican regime and for protecting its national unity. The armed forces are under the full supervision of the Revolutionary Command Council.

Article 27

The jurisdiction, with its decisions, is aimed at the protection of the principles of the community and the rights, dignity and freedom of individuals.

Article 28

Judges are independent and there is no authority upon them regarding their verdicts within the law and conscience.

Article 29

Verdicts are issued and implemented in the name of the people.

Article 30

Everyone has the right to resort to courts according to the law.

Article 31

- a) There is no crime and no penalty but according to law.
- b) The penalty is personal.
- c) The defendant is innocent until proved guilty. All essential guarantees should be provided for exercising the right of defence. It is prohibited to harm the accused or imprisoned people physically or psychologically.

Article 32

Annulment or commuting penalty will be through decision from the Revolutionary Command Council but the general amnesty should be through law.

CHAPTER THREE:

MISCELLANEOUS AND TRANSITORY PROVISIONS

Article 33

The Constitution of October 7, 1951, its amendments and all related consequences are cancelled.

Article 34

All existing provisions of laws and legislations which are not contracting the provisions of this constitutional proclamation, are still effective.

Reference to the King and the parliament in these laws and legislations is regarded as reference to the Revolutionary Command Council and the reference to the Kingdom is regarded as reference to the Republic.

Article 35

Decisions, statements and orders issued by the Revolutionary Command Council since the September 1, revolution and before the issue of this constitutional proclamation, have the power of law, and supercede all contradicting provisions.

Article 36

These laws should be published in the official gazette and they are applied as from the date of publication, unless it is otherwise stated.

Article 37

This constitutional proclamation will be effective until the issue of a permanent constitution. It cannot be amended without another constitutional proclamation from the Revolutionary Command Council if deemed necessary in the interest of the revolution.